

INFOBRIEF



friedensarbeit

in der evangelischen Landeskirche in Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Einführung zum Infobrief	Seite 1
EKD-Konsultationsprozess in Wittenberg	Seite 2
Einstimmigkeit in der Landessynode	Seite 2
283 Unterschriften gegen ITEC in Rottenburg	Seite 3
„Militärmesse ist falsches Zeichen“ – Auszug Aus dem epd-Gespräch mit Landesbischof Dr. h.c. Frank-Otfried July	Seite 3
Öku Friedensgebet vor den Toren der ITEC	Seite 4
Ansprache auf dem Rathausplatz in Stuttgart	Seite 4
Frieden GEHT! – Gottesdienst in Oberndorf a.N.	Seite 5
„Auf intelligente Friedenslösungen setzen“ – Bericht einer Fachtagung in Bad Herrenalb	Seite 6
Benennung von zentralen Fragen und Themen für die Vorbereitung des EKD-Studientags 2019	Seite 9
Arbeitsordnung für das Bündnis für Demo- kратie und Toleranz im Landkreis Biberach	Seite 11
Protestaktion in Büchel	Seite 14
Ein Interview zur Friedenspädagogik in der Evang. Landeskirche in Württemberg	Seite 14
Mittagsläuten ist ein Läuten zum Frieden hin	Seite 15
Veranstaltungshinweise (Auswahl)	Seite 16
Konvente der Friedensarbeit	Seite 16

Einführung zum Infobrief

Liebe Leserinnen und Leser,
neulich im Gespräch des bischöflichen Arbeitskreises „Friedensauftrag der Landeskirche“ mit Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July wurde u.a. über die Dienstaufträge in Sachen Frieden gesprochen. Das Pfarramt für Friedensarbeit wurde 2012 auf 50% gekürzt. Die lang angestrebte 2016 neu geschaffene Friedenspädagogikstelle beim ptz konnte immerhin auf 5 Jahre befristet als Projektstelle eingerichtet werden. Ziel ist es, das Friedenspfarramt wieder auf 100% zu bringen und die Friedenspädagogikstelle zu verstetigen. Gemeinsam wurde festgestellt, dass seit den Kürzungsdiskussionen, erst recht seit 2014, die gesellschaftliche Relevanz des Friedensthemas zugenommen hat. 5 Jahre darf ich nun schon eines der schönsten Sonderpfarrämter ausfüllen. 3 Jahre verbleiben mir noch, diese Anliegen mit voranzutreiben. Nach wie vor denke ich auch, dass es eine landeskirchliche Stiftung Friedensarbeit braucht.

Die Landessynode hat in jüngster Zeit immer wieder Stellung zu Rüstungs- und Friedensfragen genommen. Unsere Kirche unterstützt die „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“, sprach sich gegen die Rüstungsmesse ITEC aus und setzte damit Zeichen! Migration und rechtspopulistische Tendenzen zwingen zu friedentheologischen Überlegungen, aber auch, wie Europa sich aus friedentheologischer Sicht weiter entwickeln muss. Eine Initiative mit Beiratsmitgliedern der Servicestelle Friedensbildung überlegt, wie die Erkenntnisse der Friedensbildung und das Erfolgsprojekt „Servicestelle Friedensbildung“ auf europäischer Ebene diskutiert werden könnten. Die Vision ist, dass der Europarat und Kommissionen in Brüssel oder Straßburg den Ländern empfehlen, Erkenntnisse aus der Konflikt- und Friedensforschung konsequent in die Lehrpläne aufzunehmen. Dadurch könnten Schülerinnen und Schüler in ganz Europa das Rüstzeug bekommen, Konflikte konstruktiv und gewaltfrei zu lösen. Baden-Württemberg hat über Parteigrenzen hinweg ein Erfolgsmodell etabliert.

M.E. setzt der Präsident der USA Länder und Einzelpersonen unter Druck. Nur deshalb ist es mir zu erklären, warum die Bundeskanzlerin unmittelbar nach ihrem USA-Besuch - wie auch die Verteidigungsministerin - forderte, dass 2 %-Ziel der NATO von 2014 umzusetzen. Das sind keine Peanuts! Kann es im Interesse von Kirche sein, statt aktuell 43 Milliarden Euro jährlich für den Verteidigungshaushalt (ca. 1,3 % des Bruttosozialprodukts) zusätzlich 24 Milliarden Euro in den militärischen Bereich fließen zu lassen? Das wären 66-70 Milliarden Euro JEDES JAHR!???? Mit den ca. 24 Milliarden Euro jedes Jahr, die zusätzlich gefordert werden, könnte man Wohnraum für 192.000 Menschen schaffen. Jedes Jahr! Angenommen 500.000 Euro kostet in einem Mehrfamilienhaus eine geräumige Wohnung für 4 Personen. Dann kann mit 1 Milliarde Euro Wohnraum für 8000 Menschen geschaffen



werden. 8000 mal 24 gibt 192.000 Personen – für fast 200.000 Menschen also! JEDES JAHR! Innerhalb von 10 Jahren könnte man für ca. 2 Millionen Menschen in Deutschland Wohnraum schaffen. Jesus sagte: „Ihr könnt nur Gott dienen oder dem Mammon“ Jesus definiert Geld als eine Macht. Das Unheimliche an dieser Macht ist, dass Geld die Tendenz hat zu kulminieren, zu wachsen, und wie ein Pilz überall seine Fäden reinzulegen. Erleben wir nicht, wie der Reichtum dieser Welt in immer weniger Händen kulminiert und die dadurch entstehende Machtanhäufungen Eigendynamiken entfalten? Ist zu starker offener und verdeckter Lobbyismus nicht ein anerkanntes gesellschaftspolitisches Problem? Gehört es nicht zur DNA des Geldes, sich dem Steuerzahlen möglichst zu entziehen, um weiter wachsen zu können? Ich rede hier nicht von Kleinunternehmern und Handwerkern, sondern von dem Geld, das aus Hinterzimmern heraus weltweit Macht ausübt.

Die Gründungsväter- und mütter der Bundesrepublik hatten das weise Leitziel einer sozialen Marktwirtschaft. Längst aber prägen nicht nur Populisten die Politik, sondern Lobbyisten derer, die mit dem Geld aus den Hinterzimmern die Köpfe entsprechend zu drehen versuchen. Von wem wird z.B. der amerikanische Präsident gestützt und wen stützt er? Wer hat wirklich Interesse an einer solch immensen Aufrüstung in Deutschland? Wollen das die Steuer- und Kirchensteuerzahlenden? Kirche muss von ihrem Wesen her einem neuen Wettrüsten Einhalt gebieten. So wie Jesus im Garten Gethsemane das Rüsten der Jünger bis zu einem gewissen Grad zugelassen hat - denn sie führten 2 Schwerter mit!- so setzte Jesus auch einen STOPP („2 Schwerter sind zur Verteidigung genug!“). Entsprechend können Christinnen und Christen selbstbewusst in der politischen Debatte sagen: 43 Milliarden fürs Militär sind zur Verteidigung – wie es das Grundgesetz vorsieht – mehr als genug! Für was braucht es zusätzlich 24 Milliarden Euro? Wer profitiert davon? Und ist Jesus persönlich nicht in letzter Konsequenz einen gewaltlosen Weg gegangen?

Friedensarbeit bewegt in ökumenischer Nähe die Themen Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und nimmt Teil am Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens, auf den uns der Gott des Lebens letztlich ruft.

Mir freundlichen Grüßen

Ihr Pfarrer Joachim Schilling

EKD-Konsultationsprozess in Wittenberg

Im April 2018 wurde um eine Rückmeldung von relevanten friedensethische Themen gebeten. Insgesamt waren 62 Voten mit einem Gesamtumfang von mehr als 50 A4-Seiten eingegangen. Der vom Präsidium der Synode berufene Vorbereitungskreis hat diese Rückmeldungen gesichtet und in neun Schlüsselthemen zusammengefasst, die in Wittenberg diskutiert werden. Bislang sind folgende Themen benannt:

1. Frieden im Alltag, soziale Praktiken des Friedens und der Versöhnung, Zusammenleben in Verschiedenheit
2. Friedensbildung, Friedenspädagogik, Erinnerungskultur
3. Theologisches Framework, Friedensspiritualität, Friedenstheologie
4. Gewalt, Gewaltfreiheit, Pazifismus (prophetische Stimme - politische Anschlussfähigkeit)
5. Interreligiosität (Interkulturalität)
6. Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Entwicklung, Klima
7. Rüstung /Abrüstung, Waffentechnologie (Atom, Cyber, Autonomisierung)
8. Europa
9. Selbstreflexion/Handeln/Prozess – mit Blick auf die Kirche als Akteurin

Die Grundidee ist, dass die Themen im Anschluss an die Konsultation von kleineren Teams weiter bearbeitet und vertieft werden und dann bei einer Schwerpunktsynode der EKD im Jahr 2019 Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Friedensarbeit im Bereich der EKD gemacht werden.

Einstimmigkeit in der Landessynode

Am 08. März 2018 fasste die Landessynode den folgenden Beschluss, der die Grundlage bildete, dass sich z.B. das Pfarramt für Friedensarbeit in das Aktionsbündnis gegen die ITEC einbringen konnte. Hier der Wortlaut des Antrags

Die Landessynode schließt sich der Erklärung des Diözesanrats vom 3. März 2018 „Keine Rüstungsmessen in der Landesmesse Stuttgart!“ an. Diese lautet wie folgt:

„Vom 15.-17. Mai 2018 findet in der Messe Stuttgart die internationale Militär- und Waffentechnik-Messe ITEC (International Forum for the Military Simulation, Training and Education Community) statt. Auf der letzten ITEC in Deutschland im Jahr 2014 in Köln präsentierten sich 110 Rüstungsunternehmen dem weltweiten Fachpublikum u.a. aus den USA, China, Pakistan und Saudi-Arabien. Nach Protesten 2014 erteilte die Koelnmesse ITEC für 2018 eine Absage.

Als Teil der weltweiten Kirche, die auch Anwalt der Länder des globalen Südens und insbesondere der Opfer von Krieg, Waffenhandel und Unrechtsstrukturen ist, halten wir es für einen Skandal, dass auf der Stuttgarter Messe für den Handel mit Kriegstechnik und -software geworben und Krieg simuliert wird.

Wir sehen in dieser Messe einen Beitrag zur Schaffung von Fluchtursachen, zur Anwendung von Gewalt in Konflikten sowie zum Missbrauch von Ressourcen, die für Bildung und Entwicklung dringend notwendig wären.

Wir sind dem biblischen Auftrag verpflichtet, Anwalt des Lebens zu sein. „Leben und Tod lege ich dir vor, Segen und Fluch. Wähle also das Leben, damit du lebst, du und deine Nachkommen“ (Deuteronomium 30,19). Mit dem Friedenswort der Deutschen Bischofskonferenz¹ fordern wir, „den Handel mit Waffen einzudämmen“ und warnen vor den fatalen Folgen „immer perfekterer Waffensysteme“, wie sie auf der ITEC angeboten werden.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ und anderen, halten wir es für inakzeptabel, dass derartige Messen eine Plattform für die internationale Waffenlobby bieten. Angesichts der Tatsache, dass die ITEC-Veranstalter mit dem hohen Anteil von militärischen Einkäufern und Entscheidungsträgern von Schwellenmärkten unter den Besuchern werben, fordern wir entschieden vom Aufsichtsrat der Landesmesse Stuttgart, insbesondere von den Vertretern des Landes Baden-Württemberg und der Landeshauptstadt, unsere Landesmesse nicht für die ITEC oder andere Rüstungs- und Waffenmessen zur Verfügung zu stellen.“

¹ Deutsche Bischofskonferenz, „Gerechter Friede“ vom 27.09.2000.

² „Meet face-to-face with over 2,500 international, senior military and industry leaders. ... Gain access to key decision makers from emerging markets. ... high number of attendees from the Military ... 75% had influence over purchasing decisions“, <https://www.itec.co.uk/why-exhibit>.”

283 Unterschriften gegen Rüstungsmesse ITEC in Rottenburg am Neckar

Vom 15. – 17. Mai 2018 fand auf der Stuttgarter Messe die internationale Militär- und Waffentechnikmesse ITEC statt. Der Diözesanrat und die Landessynode protestierten dagegen in einer gleichlautenden Erklärung. Darin heißt es u.a.: „Wir sehen in dieser Messe einen Beitrag zur Schaffung von Fluchtursachen, zur Anwendung von Gewalt in Konflikten sowie zum Missbrauch von Ressourcen, die für Bildung und Entwicklung dringend nötig wären.“

Wir sind dem biblischen Auftrag verpflichtet, Anwalt des Lebens zu sein.“

Mit einer phantasievollen Aktion schloss sich eine Initiative in Rottenburg diesem Protest an: Unter der Leitung der Kantorin der evang. Kirchengemeinde versammelten sich am Samstag, 28.04., mehr als 40 Sängerinnen und Sänger zu einem spontanen Chor. Begleitet von einem Bongo-Spieler zogen sie über den Wochenmarkt, sangen „Masithi! Amen“, „We’re marching in the name of God“ sowie ein palästinensisches Friedenslied, verteilten Flugblätter mit der Erklärung der beiden Kirchen und luden ein, an den Stand zu kommen, an dem man sich dieser Erklärung anschließen konnte. Insgesamt 283 Unterschriften kamen zusammen. Sie wurden an den Aufsichtsrat der Stuttgarter Messe geschickt.

Friedemann Bresch, Friedensbeauftragter des Kirchenbezirks Tübingen



Im Vorfeld: Protest auf der Königsstraße Stuttgart am 12. Mai 2018; Stand des Friedenspfarramts und Ohne-Rüstung-Leben

"Militärmesse ist falsches Zeichen"

Drei Fragen an den württembergischen Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July - Auszug aus dem epd-Gespräch: Marcus Mockler Stuttgart (epd).

An diesem Dienstag (15. Mai 18) beginnt in Stuttgart die Militärmesse ITEC. Katholische und evangelische Kirchen in Baden-Württemberg kritisieren die Waffenschau. Der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Frank Otfried July, fordert im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd) eine "*Friedensmesse statt Waffenbörse*".

epd: Herr Landesbischof, warum sollte Ihrer Ansicht nach die Militärmesse ITEC in Stuttgart abgesagt werden?

July: In einer Welt neuer Kriegsdrohungen und Gewalt ist eine solche Messe ein falsches Zeichen. Wir brauchen angesichts steigender Rüstungsausgaben ein Zeichen in die andere Richtung: Friedensmesse statt Waffenbörse.

epd: Da die Kirche nicht an eine Welt ohne Waffen glaubt: Warum darf man dann Waffentechnik nicht ausstellen?

July: Die Kirche anerkennt, dass es in bestimmten Situationen auch bewaffneten Schutz und Hilfe braucht. Wer aber mit immer neuer Militärdrohung und Ausgaben den Frieden erhalten will, ist in der Tiefe naiv. Als Kirche tragen wir deshalb zu Gewissensschärfung und Sachinformation bei und bitten alle Gemeindeglieder, zum Frieden beizutragen.

epd: Auch Mitarbeiter der Rüstungsindustrie bezahlen Kirchensteuer. Darf die Kirche angesichts ihrer Kritik an der Rüstungsindustrie dieses Geld überhaupt annehmen?

July: Die Kirchensteuerbeiträge sind persönliche Beiträge der Gemeindeglieder.

(1047/13.05.2018) epd lbw moc as

Ökumenisches Friedensgebet vor den Toren der ITEC



Friedenspfarrer Joachim Schilling bei der Ansprache

Ansprache auf dem Rathausplatz in Stuttgart bei der Abschlusskundgebung gegen die Rüstungsmesse ITEC am 17. Mai 2018. Unter anderem war Pfarrer Joachim Schilling einer der Redner des Bündnisses

Liebe Friedensfreunde,

Vom Jahr 2000-2010 fand die Ökumenische Friedensdekade zur Überwindung der Gewalt weltweit in vielen christlichen Kirchen statt.

2010, am Ende dieser Dekade, kam die ökumenische Weltchristenheit in Jamaika Kingston zusammen. Es kam anschließend zur sogenannten Friedenskonvokation.

10 Württemberger Vertreterinnen und Vertreter waren damals in Jamaika dabei. Sie brachten den Impuls mit in die Evangelische Landeskirche Württemberg, über die Fragen der Rüstungsproduktion zu beraten. Denn aus den Staaten, in die auch Deutschland Waffen exportiert, fragten Vertreterinnen und Vertreter: Könnt Ihr nichts dagegen tun?

Ein bei uns eingerichteter Arbeitskreis führte dazu, dass es im Herbst 2016 zur Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten kam. Landesbischof Dr. h.c. July hat diese im März 2017 abgegeben. Diese Erklärung ist eine Grundlage, auf der die jüngsten Beschlüsse der Landessynode fußen. Jesus soll unser Friede sein. Eine immer größere militärische Aufrüstung hat er uns nicht gelehrt.

Ich bin stolz darauf, dass die Evangelische Landeskirche in Württemberg in diesem Jahr der **Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!** beigetreten ist. Ich bin stolz darauf, dass sich unsere Synodalen einstimmig hinter den Beschluss des Diözesanrates Rotenburg-Stuttgart stellten: Die ITEC solle nicht mehr nach Stuttgart kommen. Unser Bischof weiter: Die Landeshauptstadt solle Bibel- und nicht Rüstungshauptstadt sein. Wir brauchen keine Waffenmesse, sondern eine Friedensmesse.

Wenn heute die ITEC endet - und hoffentlich nie wie-



der hier in Stuttgart aufschlägt -, dann müssen wir nachdenken, was als nächstes dran ist. Die Militarisierung des Denkens und unserer Gegend schreitet voran. In Ulm wird es demnächst zu einer echten NATO-Kommandozone kommen. Dann werden es mit Africom in Möhringen und Eucom in Vaihingen bald drei gewichtige Kommandozentralen in unserem näheren Umfeld sein, von denen schon jetzt Tod ausgeht. Wie kann das so schleichend und heimlich geschehen? Wollen wir das überhaupt? Ist den Leuten

klar, dass dies im Ernstfall ideale Ziele für begrenzte Vernichtungsschläge sind? Wenn die ITEC nächstes Jahr in Schweden ist, werden wohl manche über unsere Naivität lachen, weil wir blind für andere Vorgänge sind.

Das 2%-Ziel für Militärausgaben z.B. bräuchte es nicht, um verteidigungsbereit zu sein. Militärausgaben sind volkswirtschaftlich gesehen sinnlos. Wir brauchen keine wahnsinnig teuren neuen Rüstungsprojekte. 43 Milliarden Euro fließen in den nächsten Verteidigungshaushalt. Eine deutliche Erhöhung. Die Bundeskanzlerin, die Verteidigungsministerin und andere wollen aber zusätzlich weit über 20 Milliarden jedes Jahr ins Militär stecken. Zum Glück gibt es dafür noch keine politische Mehrheit.

Wenn wir von Jesus her denken, dann brauchen wir eine Politik, die weniger auf Sicherheitslogik, doch viel mehr auf Friedenslogik setzt.



21. Mai 2018
Klosterkirche Oberndorf
Ökumenischer Gottesdienst zum Auftakt von: "Frieden geht!"

"...um allen zu leuchten, die in Finsternis sitzen und im Schatten des Todes, um unsre Schritte zu lenken auf den Weg des Friedens." Lukas 1,79

Liebe Brüder und Schwestern, wir haben einen Text aus der Weihnachtsbotschaft gehört:
„...auf dass der Messias erscheine denen, die sitzen in Finsternis und Schatten des Todes, und richte unsere Füße auf den Weg des Friedens.“ (Lukas 1, 79)
Die Weihnachtsbotschaft gehört zur Klosterkirche. In einem wunderbaren Deckenfresko ist die Weihnachtsgeschichte dargestellt. Jesus in der Krippe. Und in der Mitte die Engel, die bekanntlich singen: Gloria in excelsis deo...hominibus pacem.
EHRE SEI GOTT IN DER HÖHE UND FRIEDE AUF ERDEN UND DEN MENSCHEN WOHLGEFALLEN...
Weiter hinten ein weiteres Fresko: Kreuzigungsszene.

Das Kreuz ist Segens- und Friedenszeichen, weil Jesus unser Friede geworden ist.

Die Osterkerze steht für die Auferstehung und den Aufstand Gottes gegen alle Ungerechtigkeit... Heute am Pfingstmontag feiern wir mit der Christenheit die Geistausgießung. Der Geist Gottes erinnert uns an Jesu Botschaft: **FRIEDEN GEHT!**

Wir klagen nicht Menschen an, sondern klagen es Gott, dass in dieser Klosterkirche, im 19ten Jahrhundert, die Waffenproduktion unter dem württembergischen König angefangen hat. Pervers aus heutiger und eigentlich auch aus damaliger Sicht. Wie verdreht muss man eigentlich sein, dass man nicht merkt, dass das Evangelium mit der Waffenproduktion kaum in Einklang zu bringen ist?

Wir klagen es Gott, dass das Evangelium offensichtlich - trotz 2000 Jahre Evangeliumsverkündigung - bis heute konterkariert wird durch Waffen, erst recht, wenn sie illegal exportiert werden.

Wir danken der Stadt Oberndorf, dass sie zugelassen hat, hier den Auftaktgottesdienst für **FRIEDEN GEHT** ökumenisch zu feiern. Vielleicht setzt damit eine spirituelle Heilung dieses verletzten Ortes ein. Wir bitten demütig Gott, dass wir selber vor Verblendung behütet werden und uns sein Geist helfen möge, auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens zu gehen.

Möglicherweise sind wir selbst mehr als wir ahnen verstrickt in die Vernichtung von Menschen. Den Opfern wollen wir ein Gesicht geben.

Wind und Feuerzungen leiteten einst das Pfingstereignis in Jerusalem ein. Der von Gott her wehende Geisteswind setzte Menschen in Bewegung. Dieser kann Menschen auf den Weg der Gerechtigkeit und des Friedens bringen. Mit diesem Gottesdienst bitten wir um den pfingstlich klaren Geist. Nur so kommen wir zum Frieden. Für uns, für die Menschen in Oberndorf, für alle, die an **FRIEDEN GEHT** mitmachen, für alle, die in die Waffenproduktion verstrickt sind bitten wir: Gott, richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. Amen.

Psalm als Wechselgebet - Mut zum Frieden

Völker erheben ihre Waffen,
sie führen Krieg, um sich gegenseitig zu vernichten.

Immer größeres Vernichtungspotential legen sie sich zu, es reicht aus, um die Erde x-mal in die Luft zu jagen.

Ein Pulverfass ist diese Erde geworden, ich habe Angst, dass es einmal den großen Knall gibt.

Menschen bauen Feindbilder auf und können sich nicht mehr offen begegnen.

Auf intelligente Friedenslösungen setzen

Fachtagung in Bad Herrenalb vom 6.-8. Juni 2018
Kirchen, Rüstungsindustrie und Nichtregierungsorganisationen im Dialog

Wie kann der Friede in einer globalen Welt gesichert werden? Braucht es dazu immer mehr Rüstung oder ist das Gegenteil notwendig? In Synodenbeschlüssen und Appellen der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) haben sich die christlichen Kirchen in Baden und Württemberg eindeutig positioniert und sich für eine Reduzierung von Rüstungsexporten und mittelfristig für deren Einstellung ausgesprochen. Diese Beschlüsse bildeten den Hintergrund einer Tagung der Evangelischen Kirche Baden, auf der die Evangelischen Kirchen in Baden und Württemberg den Dialog mit Verantwortlichen und Mitarbeitenden in der Politik, der Verteidigung und der Rüstungsindustrie, aber auch mit Vertretern von Friedens- und Entwicklungsdiensten suchten.



OKR Karen Hinrichs

"Die Frage nach der Produktion und dem Export von Waffen, Munition und Rüstungsgütern ist uns in beiden Landeskirchen alles andere als gleichgültig", hob Oberkirchenrätin Karen Hinrichs (Karlsruhe) von der Evangelischen Landeskirche in Baden zur Eröffnung der Tagung in Bad Herrenalb hervor. Der Glaube an den Gott des Friedens müsse auch im Handeln Konsequenzen haben. Frieden und Gerechtigkeit seien daher eine herausfordernde und gemeinsame Aufgaben unserer Kirchen und Gemeinden.

Friedenssicherung in der Praxis: Generalleutnant Jürgen Knappe, Befehlshaber des Multinationalen Kommandos Operative Führung (Ulm), sagte, dass der Einsatz militärischer Gewalt immer die letzte Stufe einer Konfliktsituation sei.



Generalleutnant Jürgen Knappe

In der Regel hätten diplomatische Lösungen versagt, bevor es zu einem militärischen Mandat komme. Focus sei dabei immer die Konfliktlösung, nicht die militärische Intervention. Wichtig sei es, so Knappe, vor einem Einsatz zu fragen, was politisch erreicht werden soll. Die Bundeswehr sei ein staatliches Organ, von daher gelte vor dem Einsatz von Streitkräften das Primat der Politik.

Dr. Anthea Bethge, Geschäftsführerin von Eirene, Internationaler Christlicher Friedensdienst, betonte, es gehöre zum christlichen Zeugnis, "sich um des Schutzes der anderen willen verwundbar zu machen".



Dr. Anthea Bethge

Der Einsatz von Gewalt - auch im Rahmen einer Sicherheitslogik - zerstöre immer Gemeinschaft und sei nur möglich, weil der Feind als einer von außen gesehen werde. Es gelte aber, nicht den Feind zu besiegen, sondern die Gewalt zu überwinden. "Wenn wir Menschen überzeugen wollen, dass sie auf Waffen verzichten, dürfen wir nicht mit Waffen kommen", unterstrich Bethge. Zum gewaltfreien Friedensdienst gebe es keine Alternative.

Wozu Rüstungsproduktion? Über sicherheitspolitische Optionen und die Anforderungen an die Sicherheitsindustrie sprach Dr. Christian Mölling von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Es gebe im Grundsatz drei mögliche Antworten auf die Frage nach der Notwendigkeit von Rüstungsproduktion: (1) Rüstung werde als heilsam verstanden, weil sie es ermögliche, über Macht Frieden zu schaffen. (2) Rüstung werde als notwendiges Übel betrachtet oder (3) Rüstung werde nur als Übel verstanden, weil Krieg und Gewalt nur aufhören, wenn keine Waffen mehr da sind. Je nach Grundeinstellung gebe es unterschiedliche Diskussionsstränge. So oder so finde Rüstung nicht im luftleeren

Raum statt. Mölling wies darauf hin, dass es häufig politische Allianzen gebe, die zu wechselseitigen Abhängigkeiten und sicherheitspolitischen Zusagen an die Partner führten.

Für realpolitische Optionen plädierte Otfried Nassauer vom Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS): Es gehe darum, "den unbefriedigenden Istzustand friedenspolitisch und abrüstungsfreundlich zu verändern". Er plädierte für einen ressortübergreifenden Friedensbegriff, der zwischen friedenspolitischen NGO-Ansätzen und der Logik sicherheitspolitischer Organisationen wie dem Staat vermittele. Darüber hinaus gelte es, sich "intelligente Formen von Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle einfallen zu lassen".

Europa und die Begrenzung der Rüstungsproduktion: Nassauer erinnerte in einem weiteren Beitrag daran, dass die deutsche Rüstungsindustrie durch ihre Geschichte nach dem 2. Weltkrieg geprägt sei. Deutschland durfte bestimmte Rüstungsgüter produzieren, andere nicht. Erst seit 1985 seien beispielsweise alle Limitierungen beim Bau von U-Booten und Flugkörpern aufgehoben worden. Vor dem Mauerfall sei in der Rüstungsindustrie vorwiegend für das eigene Land gebaut worden. Danach sei sie den Weg der Internationalisierung gegangen, habe verstärkt Rüstung exportiert. Wie viele Menschen in Deutschland tatsächlich in der Rüstung beschäftigt seien, wisse man nicht. Industrienahen Studien und Lobbygruppen zufolge könnten es 80 bis 90.000 direkt Beschäftigte sein, sowie jeweils etwa 2 weitere Arbeitsplätze in der entsprechenden Zuliefererindustrie. Er selbst gehe von einer deutlich niedrigeren Beschäftigung aus, die durchschnittlich zu etwa 60-80% von zum Teil sehr umstrittenen Rüstungsexporten abhängig seien. Alexander van den Busch, Beauftragter des Vorstands der Firma Rheinmetall für Regierungs- und Parlamentsangelegenheiten, berichtete über die Notwendigkeit, die Geschäftsstrategien eines Rüstungskonzerns im Laufe seiner Geschichte zu verändern. Vor 1989 sei 90% des Umsatzes mit der Bundeswehr gemacht worden, danach sei man dem Weg der Diversifizierung des Konzerns mit 7 Säulen außerhalb von "Defense" gegangen, der heute schon wieder zur Vergangenheit gehöre. Van den Busch deutete an, dass Rüstungskonversion für wehrtechnische Betriebe "nicht so einfach ist, weil sie die zivilen Märkte oft nicht verstehen".

Das Projekt eines Europäischen Verteidigungsfonds stellte Jochen Kubosch, Mitglied im Rednerdienst TEAM EUROPE der Europäischen Kommission, vor.



Jochen Kubosch

Seit 2016 trieben die EU-Staaten die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik voran. In diesem Kontext sei der zunächst nur auf Forschung und Entwicklung ausgerichtete Europäische Verteidigungsfonds von der Europäischen Kommission mit einem Budget von 590 Millionen Euro für die Jahre 2017 bis 2020 auf den Weg gebracht worden. Ob es bei dieser Dimension bleibe oder ob es zu einer Aufstockung oder gar einem eigenen Finanzierungsmechanismus für Aktionen mit Auswirkungen auf die Verteidigung komme, müsse in den Diskussionen über die ab 2021 laufende neue mittelfristige Finanzplanung von den Mitgliedstaaten der EU einstimmig geklärt werden. Diese Entscheidung hänge vor allem davon ab, wie weit die EU-Staaten auf dem Weg zu einer europäischen Verteidigungsunion gehen werden und welches Volumen der EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 haben wird.

Rüstungsexporte nach Afrika - friedensethische Antworten: „Rüstungsexporte zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ war ein weiteres Thema der Tagung. Die Gender- und Konflikttherapeutin Wangari Mwangi zeigte die Folgen von Kleinwaffenexporten am Beispiel Burundis auf. Der Mangel an staatlichen Kontrollmechanismen untergrabe die Möglichkeiten einer effizienten Kontrolle und Wahrnehmung illegaler Kleinwaffen. Legaler Waffenhandel führe am Ende oft zu illegalem Waffenbesitz, auch weil Kleinwaffen eine lange Lebensdauer hätten.



Wangari Mwangi

Entsprechende Munition lasse sich leicht beschaffen. Waffen seien in dieser armen Region ein einträgliches Geschäft, sowohl für die Regierung als auch für die Regierungsgegner. Dieser Teufelskreis lasse sich – so Mwangi – durchaus durchbrechen. Dafür sei es not-

wendig, Bündnisse zwischen Medien und entsprechenden NGOs zu schaffen. Das Schweigen über Burundi in den westlichen Medien müsse überwunden werden, wünschenswert sei beispielsweise mehr Aufmerksamkeit für Menschen, die verhaftet und ins Gefängnis gesteckt werden, wenn sie den Frieden einklagen.



Pfarrer Joachim Schilling

Unter dem Titel "Setze unsere Füße auf den Weg des Friedens" stellten der Friedensbeauftragte Stefan Maaß von der Evangelischen Landeskirche in Baden und Pfarrer Joachim Schilling vom Friedenspfarramt der Württembergischen Landeskirche die aktuellen friedensethischen Positionen aus Baden und Württemberg angesichts der Herausforderungen vor.

Verantwortung für den Frieden übernehmen:



Landesbischof Dr. hc. Frank Otfried July

Ein Höhepunkt der Tagung war das Podiumsgespräch zu ethischen Konsequenzen aus der Tagung. "Wir erwarten von der Bundesregierung zu tun, was sie angekündigt hat", betonte Dr. h.c. Frank Otfried July (Stuttgart), Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Die Bundesregierung habe sich im Koalitionsvertrag verpflichtet, "eine restriktive Rüstungsexportpolitik zu verwirklichen". Dazu gehörten nicht nur das schon länger geforderte Exportverbot für Klein- und Leichtwaffen an Staaten außerhalb EU, Nato und Gleichgestellte, sondern auch eine rechtssichere Widerrufsmöglichkeit für Lizenzgenehmigungen, wenn deren Grundlage dafür entfallen ist. Zudem sollte im Außenwirtschaftsgesetz der grundsätzliche Genehmigungsanspruch für Rüstungsexporte an Drittstaaten abgeschafft werden. July unterstrich, dass in einer Welt voller ungelöster Konflikte, in der politische Ziele wieder durch den

Einsatz militärischer Gewalt durchgesetzt werden, wir einen Schwerpunkt nicht bei "intelligenten Waffen", sondern bei "intelligenten Friedenslösungen" setzen.

Auf die besondere Rolle der EU in Sachen Frieden machte Militärdekan Dr. Hartwig von Schubert (Hamburg) aufmerksam: "Die Macht der EU liegt in ihrer Zivilität". Sie sei "vielleicht darin einmalig, dass sie einen halbkontinentalen Raum nicht unterwirft, sondern durch Koordination und Kooperation befriedet". Rüstungsgüter von Mitgliedstaaten der EU dürften - wenn überhaupt - "ethisch verantwortungsvoll nur als Instrumente exportiert werden, die nachprüfbar und einklagbar der Erhaltung dieses Friedens dienen". Rüstungsexporte in Nicht-EU-Länder müssen nach Ansicht von MdEP Prof. Dr. Klaus Buchner, Mitglied des Ausschusses für Verteidigung und Sicherheit im EU-Parlament, "stärker als bisher reguliert werden, um deren Verwendung in Krisengebieten und in autoritär regierten Ländern zu beschränken". Transfers von Rüstungsgütern zwischen Firmen einer Firmengruppe seien wie Exporte zu behandeln, um ein Umgehen von Exportbeschränkungen zu verhindern: "Ein Exporteur darf seine Ware nur an Firmen oder Staaten liefern, die sie nicht in Krisengebiete oder an totalitäre Regime weitergeben." Überwachungstechnik müsse dabei ähnlichen Beschränkungen unterliegen wie Rüstungsgüter.



Peter Scheben

Peter Scheben, Abteilungsleiter im Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie e.V. (BDSV), verwies darauf, dass Rüstungsgüter aus Deutschland ausschließlich auf der Grundlage bestehender Gesetze und in Einklang mit den geltenden Vorgaben der Bundesregierung exportiert würden. Die bestehenden gesetzlichen Regelungen dafür seien umfassend und genügten einer restriktiven Exportkontrollpolitik. Im Sinne einer verstärkten europäischen Kooperation gelte es, "eine Harmonisierung der Rüstungsexportrichtlinien innerhalb der EU voranzutreiben".

Regierungsdirektor Klaus-Dieter Ordemann (Berlin) vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) setzte sich in seinem Beitrag mit den Herausforderungen der deutschen Rüstungsexportkontrolle, den Besonderheiten des Genehmigungsver-

fahrens sowie der Problematik des Exports von Kleinwaffen auseinander. Dabei ging er insbesondere auf die Transparenz bei Rüstungsexportentscheidungen, aktuelle Entwicklungen sowie auf europäische Aspekte näher ein.

Für eine "breite gesellschaftliche Debatte, was die Zivilgesellschaften gegen die neue Spirale der Aufrüstung in der Welt tun muss" sprach sich Kai Burmeister von der IG-Metall Baden-Württemberg aus. Für Kirchen und Gewerkschaften biete sich hier eine stärkere Zusammenarbeit an. Um nicht in den falschen Gegensatz "Frieden oder Arbeitsplätze" zu geraten, setze die IG Metall in den Betrieben der Wehrtechnik auf Konversion und Diversifikation. Dieser Weg sei nicht immer leicht, aus Sicht der Gewerkschaften jedoch alternativlos.

Rückblick und Perspektiven zur Tagung gab Kiflemariam Gebrewold (Karlsruhe), Leiter des landeskirchlichen Projekts "Rüstungsexporte aus Baden-Württemberg minimieren". Er betonte abschließend, es gelte, sich vom Konstrukt "Sicherheit durch Waffenexporte" zu befreien.

An Gottes Friedenskraft glauben:

Im Rahmen der Akademietagung "Rüstungsproduktion, Waffenexporte und kirchliche Friedensethik" fand ein Gedenkabend an den langjährigen KDA-Leiter und Akademiedirektor Dr. Ullrich Lochmann (1938-2018) statt. Er war unter das Motto gestellt "Eins ist nötig zum Frieden: die Realität zu sehen. Vor allem aber: an Gottes Friedenskraft zu glauben." Prof. Dr. Klaus Engelhardt, Altbischof der badischen Landeskirche und ehemals Ratsvorsitzender der EKD, würdigte den Verstorbenen Ullrich Lochmann als Menschen, dem "die Ungerechtigkeiten in den verschiedensten Kontexten unseres Lebens und unserer Gesellschaft zur Herausforderung werden". Arbeitswelt, die sozialen Probleme und Friedensethik hätten für ihn zusammen gehört. Engelhardt bezeichnete Lochmann als "überzeugendes Beispiel dafür", dass die fatale Alternative in die Irre geht: "Entweder prophetische/politische Kirche oder Kirche muss Kirche bleiben". Für Lochmann habe beides zusammen gehört. Er bleibe uns "vielfältig präsent in seinem Protest gegen Ungerechtigkeit". So sei er eindeutig in seiner Position gewesen und dennoch "trat er nicht als Ideologe auf".

Zuvor hatte Oberkirchenrätin Karen Hinrichs an wichtige Lebensstationen Lochmanns erinnert. Der Ingenieur Heinz Friedrich ergänzte mit persönlichen Erinnerungen im Kontext der Friedensarbeit. Der berührende Abend wurde von einer Klezmergruppe begleitet.



Veranstaltungsteam: Kiflemariam Gebrewold, Andreas Bordne, Albrecht Knoch und Stefan Maaß (v.l.)

Die Akademietagung wurde gemeinsam geleitet von Wirtschafts- und Sozialpfarrer Andreas Bordne vom KDA Baden (Freiburg), dem Leiter des landeskirchlichen Projekts "Rüstungsexporte aus Baden-Württemberg minimieren" Kiflemariam Gebrewold (Karlsruhe), dem Wirtschafts- und Sozialpfarrer Albrecht Knoch vom KDA Württemberg (Prälatur Ulm) und Landesjugendreferent Stefan Maaß (Karlsruhe), Friedensbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Baden.

Ralf Stieber, Karlsruhe, 18. 6.2018, ergänzt 20.6.2018

Benennung von zentralen Fragen und Themen für die Friedenskonsultation in Wittenberg vom 12.-14. September 2018 und den EKD-Diskussionsprozess 2019

Aus dem Pfarramt für Friedensarbeit in der Evang. Landeskirche in Württemberg

1. „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ – Können noch mehr Kirchen beitreten? Kann die EKD dieser Aktion beitreten?

2017 gab Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July die Erklärung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg zu deutschen Rüstungsexporten ab, die durch einen längeren Diskussionsprozess mit großer Mehrheit bei 2 Gegenstimmen beschlossen wurde. Seither haben die Synodalen in der Logik dieser Erklärung Beschlüsse gefasst. Die ELKW ist der Aktion Aufschrei beigetreten. Einstimmig haben sich die Synodalen dafür ausgesprochen, dass in ihrem Bereich die Rüstungsmesse (ITEC) nicht mehr stattfinden sollte.

2. Wie kann die kirchliche Struktur der Friedensarbeit gestärkt werden?

In Württemberg gibt es ein landeskirchliches Pfarramt für Friedensarbeit (50%) und eine Friedenspädagogikstelle (100%). In der ELKW gibt es die Struktur, dass in den Kirchenbezirken Friedensbeauftragte benannt werden. In manchen Kirchenbezirken gibt es auch Ortsfriedensbeauftragte. Es gibt einzelne Kirchenbezirksteams für Friedensarbeit. Die Vernetzung

findet über Konvente statt, die vom Friedenspfarramt und der EAK-Württemberg organisiert werden. Darüber hinaus gibt es einen „Arbeitskreis Friedensauftrag der Landeskirche“ mit der Funktion, die Kirchenleitung beraten zu können, indem Einzelpersonen und Vertreter/Innen bestimmter Institutionen in- und außerhalb der Landeskirche auf Zeit berufen werden. Für diesen Arbeitskreis entsteht momentan eine neue Ordnung. Vielleicht lässt sich eine solche Struktur auf andere Landeskirchen übertragen, wenn sie ihre Arbeit neu ordnen.

M.E. gibt es ein Defizit auf Bundesebene. Die Konferenz für Friedensarbeit ist zwar ein wichtiger Ansatz der Vernetzung, doch die Bundes-EAK inklusive Geschäftsstelle könnten kirchlich strukturierter Friedensarbeit in den Landeskirchen besser zuarbeiten, wenn es zu einer personellen Aufstockungen käme. Pfarrer/Innen, Religionslehrer/Innen oder Diakone/Innen, die aus der kirchlichen Praxis kommen – mit friedentheologischer, -ethischer bzw. -pädagogischer Erfahrung – sollten für bestimmte Bereiche der Friedensarbeit angestellt werden; auch jemand, der in Friedenstheologie und -ethik geschult ist (universitär). Diese Anstellungen könnten auf 10 Jahre befristet werden. Die AGDF kann das m.E. nicht leisten, und es ist nicht deren Aufgabe. Die EKD könnte sich und auch den Landeskirchen einen prozentualen Anteil an Dienstaufträgen für Friedensarbeit empfehlen.

3. Wie kann Friedensbildung in Deutschland und darüber hinaus gestärkt werden?

„*lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe.*“ (Matthäus 28,20); Jesus sagt: „*Lernt von mir*“ (Mt 11,29)

Auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung in den Schulen Baden-Württemberg von 2014 des Kultusministeriums, unterschrieben von Friedensinitiativen und Vertreter/Innen kirchlicher Organisationen, wurde eine Servicestelle Friedensbildung bei der Landeszentrale für Politische Bildung in Bad Urach eingerichtet. Es wird inzwischen bundesweit vom Modell Baden-Württemberg gesprochen. Innerhalb der Landeskirche wurde in Folge eine Friedenspädagogikstelle eingerichtet, damit die Kirche nicht hinterherhinkt. Eine kleine Gruppe unter der Federführung des Friedenspfarramtes und in Vernetzung mit den Akteuren/Innen in Sachen Friedensbildung hat die „Initiative zur Stärkung der Friedensbildung in den Schulen Europas“ gegründet, die auf die Entwicklungen in BaWü aufbaut. Ziel ist es, in den Lehrplänen Europas Friedensbildung mehr Raum zu geben und darauf hinzuwirken, dass die Kommission den europäischen Ländern empfiehlt, Friedensbildung im Sinne des europäischen Projektes fest in der schulischen Bildung zu verankern. Eine Empfehlung der EKD in diese

Richtung könnte dem Gesamten einen politischen Schub geben. Hierfür wäre es hilfreich, eine Arbeitsgruppe einzurichten, in der die bestehende kleine Initiative (mit Schwerpunkt BaWü) evtl. aufgehen könnte.

Weiter: Bestehende religionspädagogische Stellen könnten künftig mit einem Anforderungsprofil ausgeschrieben werden, welches vorsieht, dass Bewerber/Innen Qualifikationen in Friedensbildung, Friedensarbeit, gewaltfreier Konfliktbearbeitung und Mediation, Friedensethik, Kenntnisse und Erfahrungen in gewaltfreien Friedensdiensten im In- und Ausland usw. mitbringen und diese Kenntnisse weitergeben.

4. Wie kann Friedenstheologie christologisch weiter entwickelt werden?

„*Jesus ist unser Friede*“ (vgl. Epheser 2, 14); „*Den Frieden lass ich Euch; meinen Frieden gebe ich Euch, nicht gebe ich Euch wie die Welt gibt. Euer Herz erschrecke nicht und fürchte sich nicht.*“ (Joh. 14,27)

Christliche Friedenstheologie kann nach Sicht der ELKW nur entwickelt werden, wenn die christologischen Aspekte in Bezug auf Frieden Grundlage sind. Das zeigt sich in ihrer Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten. So verliert Friedensarbeit nicht die Quelle ihrer Kraft, da sie aus dem Geist Jesu schöpft. Dies soll bei allen Verlautbarungen auch weiterhin sichtbar bleiben. Die Friedensdenkschrift von 2007 momentan weiterzuentwickeln, erscheint nicht allen nötig. Es gibt Verlautbarungen und Diskussionspapiere im kirchlichen Bereich, die im Vergleich zur Denkschrift ohne Bibelstellen und reformatorische Bezüge auszukommen scheinen.

Ob die Evang. Landeskirche in Württemberg den Diskussionsweg eines militärischen Ausstiegsszenarios mitgehen kann und will, wie von der Arbeitsstelle Frieden in Karlsruhe im Auftrag des dortigen OKR jüngst vorgelegt, bleibt abzuwarten. Die Fokussierung einer Diskussion auf den Impuls des Szenarios bindet möglicherweise Ressourcen für Fragestellungen, die viel „bescheidener“ daher kommen, doch zu konkreten und zeitnahen Ergebnissen führen können. Ob dieses Papier so offen und frei diskutiert werden kann, wie der Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden „*Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens*“ aus dem Jahr 2013, muss ebenfalls abgewartet werden. Es fehlt insgesamt m.E. an einer breit und kontrovers geführten christologischen Debatte auf biblisch reformatorischer Grundlage und nicht auf Grundlage von Papieren, die die Debatte von Anfang an in eine bestimmte Richtung lenken. Eine „pazifistische“ Vereinnahmung der Botschaft Jesu, die „gefühlte“ anderen eine pazifistische Grundhaltung aufzwingt, würde m.E. innerhalb der ELKW zu massiven Kontroversen führen.

Gleichwohl wird auch in der erwähnten Erklärung der ELKW gesehen, dass auf der politischen Ebene zu einseitig einer Sicherheitslogik Raum gegeben wird. Es geht um eine Reduktion von Gewalt, auch militärischer Gewalt, aber die Abschaffung jeglichen Militärs bzw. eines völligen Ausstiegs sind als Zielformulierungen m.E. in der ELKW nicht akzeptabel.

5. Wo kann Friedenstheologie, Friedensspiritualität und das Lernen von gewaltfreier, konstruktiver Konfliktbearbeitung und Mediation im kirchlichen Kontext ein Ort gegeben werden?

Im Einflussgebiet der Evangelischen Landeskirche in Württemberg befinden sich die beiden einzigen US-Kommandozentralen außerhalb der USA. In Ulm wird gegenwärtig die NATO-Kommandozentrale für den europäischen Raum geschaffen. Viele Rüstungsfirmen sind im Bereich der Evangelischen Landeskirche in Württemberg ansässig. Wo kann dem entgegen der Friedenstheologie und -spiritualität ein Ort gegeben werden? Bräuchte es vielleicht zwei bis drei Zentren in ökumenischer Zusammenarbeit über Deutschland verteilt?

6. Wie können die Prinzipien von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung verstärkt in politische Prozesse integriert werden?

„Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ (Mt 6, 24)

Das 2%-Ziel der Nato wird kontrovers diskutiert. M.E. sollte die EKD darauf hinwirken, dass nicht kritiklos die 2%-Erhöhung der Nato für Militärausgaben in politische Beschlüsse umgesetzt wird. Gegenwärtig werden ca. 1,3 % d.h. ca. 37 Milliarden Euro schon eingesetzt. Eine massive Erhöhung des jährlichen Wehretats wird andere Bereiche schwächen (Pflege, Bildung, Infrastruktur u.a.), wenn 20-30 Milliarden jährlich zusätzlich in Rüstung gesteckt wird. Es gilt, verstärkt die Mechanismen offen zu legen, wer von den Rüstungsausgaben profitiert.

Wenn die soziale Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt wird, weil internationale Unternehmen oder Einzelpersonen sich dem Steuerzahlen entziehen, entstehen automatisch Ungleichgewichte, weil keine „Steuerung“ mehr möglich ist. Wenn die Frucht der Gerechtigkeit Frieden ist (vgl. Jes 32,17), muss der Gerechtigkeitsfrage mehr Raum - auch in der Kirche - gegeben werden. Hierzu gehört es, über gesellschaftliche Strukturen nachzudenken, damit die Menschen nicht in immer größere Vereinzelung geführt werden, sondern Sozialität ermöglicht wird.

7. Wie kann Sicherheitslogik und Friedenslogik in einem angemessenen Verhältnis stehen?

Das Verhältnis von Sicherheitslogik und Friedenslogik wird gegenwärtig unterschiedlich diskutiert. M.E. muss der Sicherheitslogik Raum gegeben werden UND der Friedenslogik. Die Verhältnisbestimmung

könnte ein SOWOHL-ALS-AUCH und NICHT ein ENTWEDER-ODER sein. Eine rein pazifistische Position lässt sich in der ELKW mehrheitlich nicht beobachten. Gleichwohl ist festzustellen, dass im Moment in der öffentlichen Diskussion der Sicherheitslogik ein zu großer Raum gegeben wird. Deshalb mahnt die Erklärung zu deutschen Rüstungsexporten der ELKW in Anlehnung an die Friedensdenkschrift an: Vermeidung oder Verminderung militärischer Gewalt und den Ausbau friedensschaffender und -erhaltender Maßnahmen.

8. Ist eine Klärung der Verhältnisbestimmung zwischen Kirche und Militärseelsorge nötig?

Es gibt immer wieder Initiativen, Diskussionen (vgl. Deutsches Pfarrerblatt) und subtile Infragestellungen der Militärseelsorge in ihrer gegenwärtigen Form. Es braucht m.E. ein klares Votum in die eine oder andere Richtung.

9. Wie kann mitgeholfen werden, den Israelisch-Palästinensischen Konflikt zu entschärfen?

Dies ist einer der Grundkonflikte im Nahen Osten. Die Fragestellung spricht für sich.

10. Wie könnte eine EKD-Stiftung „Friedensarbeit“ initiiert werden?

Ziel sollte es sein, die kirchliche Struktur der Friedensarbeit zu stärken.



Arbeitsordnung für das Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach ist ein loser Zusammenschluss verschiedener demokratischer Initiativen, Einrichtungen, Kirchen, Kommunen, Parteien, Verbände und Vereinen. Nach außen wird das Bündnis über den Vorstand vertreten. Das Bündnis ist keine juristische Person, es hat keine eigenen Räumlichkeiten und keine Mittel. Einen Mitgliedsbeitrag gibt es nicht.

Die inhaltlichen Aufgabenschwerpunkte liegen im Werben für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde im Landkreis Biberach. Demokratische Grundprinzipien sollen gestärkt werden, es wird dazu ermutigt, sich gesellschaftlich zu engagieren.

Arbeitsordnung:

Die Arbeitsordnung ist die Grundlage für die Arbeit im Bündnis für Demokratie und Toleranz. Mit der Unterschrift der ersten Mitglieder am 22. Mai 2017 ist

diese in Kraft getreten. Zur ordentlichen Vollversammlung am 21. November 2017 wurde die Arbeitsordnung per Mehrheitsbeschluss bestätigt.

Präambel

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach gründete sich im Jahr 2017 als ein loser Zusammenschluss. Auslöser war das Aufkommen von gesellschaftlichen Kräften, die demokratische Elemente wie Freiheit (v.a. Pressefreiheit), Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit direkt oder indirekt durch ihr Handeln in Frage stellen. Seitdem wird das Bündnis von dem gemeinsamen Engagement eines breiten Spektrums von demokratischen Parteien, Kirchen, Einrichtungen, Organisationen, gesellschaftlicher Institutionen und Interessenvereinigungen getragen.

Die Sorge um die Sicherung, Weiterentwicklung und Gestaltung eines demokratischen und gewaltfreien Zusammenlebens in der Gesellschaft, insbesondere im Landkreis Biberach, bildet das gemeinsame und zugleich verbindende Verständnis des Bündnisses.

Das Bündnis agiert über parteiliche, politische, religiöse, kulturelle und andere Abgrenzungen hinweg. Die auf Kontinuität ausgerichtete Zusammenarbeit im Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach wird geprägt durch Offenheit und Verbindlichkeit.

Aufgabenschwerpunkte sind:

- Ausübung zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie und Toleranz
- gemeinsames aktives Auftreten für den Schutz und die Stärkung von Demokratie und Menschenwürde
- Bündelung von Aktivitäten gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Gewalt und Extremismus
- gemeinsames Auftreten gegen Bedrohungen und Einschränkungen demokratischer Strukturen und Verhaltensweisen
- Bündelung von Aktivitäten, die zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe führen

Damit verbunden bildet die kritische Beschäftigung mit Vergangenheit einen wesentlichen Ansatz für die Aktivitäten in Gegenwart und Zukunft. Das Bündnis stellt sich der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Formen der Einschränkung und Missachtung von Menschenrechten. Ziele der kritischen Betrachtung von Vergangenheit sind es, so differenziert wie möglich zu agieren, die jeweiligen Zusammenhänge angemessen zu betrachten und eine besondere Verantwortung bei der Ziehung von Schlussfolgerungen zu praktizieren.

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach wird gespeist von dem Einsatz, der Kreativität, den Potenzen und dem persönlichen Engagement seiner Mitglieder und Unterstützenden. Die Mitarbeit steht all jenen offen, die sich mit den kon-

zeptionellen Inhalten identifizieren und deren Handeln diesen Grundsätzen entspricht.

1. Mitarbeit im Bündnis für Demokratie und Toleranz

Im Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach ist eine Mitarbeit auf zwei Ebenen möglich. Zum einen kann eine Mitarbeit als ordentliches Mitglied erfolgen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, sich als Kooperationspartner in die Bündnisarbeit einzubringen. Beide Formen der Mitarbeit unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Rechte, als auch ihrer Aufgaben und Pflichten.

1.1 Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft im Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach setzt das institutionelle Engagement für die Ziele voraus und beinhaltet die kontinuierliche und nachhaltige Mitarbeit im Bündnis. Die Bündnismitglieder bekennen sich zu einer Kultur der Zusammenarbeit, die auf demokratischer Auseinandersetzung und gegenseitiger Achtung basiert.

Mitglied kann jede natürliche und juristische Person und jede Interessengemeinschaft werden, die die Grundsätze der Präambel anerkennt. Mitgliedern von radikalen Parteien und Organisationen sowie Personen, die der radikalen Szene zuzuordnen sind oder durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder andere menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, wird die Mitarbeit im Bündnis verwehrt.

Die Mitgliedschaft erfolgt auf schriftlichen Antrag. Ein Aufnahmeformular ist bei folgenden Stellen erhältlich: Landratsamt Biberach, Geschäftsstelle des katholischen Dekanats Biberach, Dekanatsamt des evangelischen Kirchenbezirks Biberach. Ein Mitgliedsbeitrag wird nicht erhoben. Über die beantragte Mitgliedschaft entscheidet die Vollversammlung zur nächsten ordentlichen Sitzung mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Mitglieder. Ein Recht auf Mitgliedschaft gibt es nicht.

Bei Abstimmungen haben natürliche und juristische Personen, Interessengemeinschaften, Institutionen und ähnliche Zusammenschlüsse 1 Stimme. Das Stimmrecht kann im Einzelfall bei Vorlage einer schriftlichen Vollmacht übertragen werden. Eine ordentliche Mitgliedschaft schließt das Rederecht auf den Bündnissitzungen ein.

1.2 Kooperationspartner

Die Mitarbeit im Bündnis für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach ist auch ohne eine Mitgliedschaft – auf Ebene der Kooperation – möglich. Das bedeutet, dass die Bündnisarbeit (punktuell) von den Kooperationspartnern unterstützt und so bereichert wird.

Kooperationspartner kann jede natürliche und juristische Person und jede Interessengemeinschaft werden, die die Grundsätze der Präambel anerkennt. Mitgliedern von radikalen Parteien und Organisationen sowie Personen, die der radikalen Szene zuzuordnen sind oder durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder andere menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, wird die Mitarbeit im Bündnis verwehrt.

Im Gegensatz zu ordentlichen Mitgliedern des Bündnisses besitzen die Kooperationspartner kein Stimmrecht, sondern lediglich ein Rederecht auf den Bündnissitzungen. In allen anderen Punkten sind sie den ordentlichen Mitgliedern gleichgestellt. Eine Kooperation kann bei folgenden Stellen beantragt werden: Landratsamt Biberach, Geschäftsstelle des katholischen Dekanats Biberach, Dekanatamt des evangelischen Kirchenbezirks Biberach.

Zur nächsten Vollversammlung stimmen die anwesenden Mitglieder mit einfacher Mehrheit ab. Ein Übergang von der Kooperationsebene zur ordentlichen Mitgliedschaft ist jederzeit möglich und kann durch Antragstellung auf eine ordentliche Mitgliedschaft erfolgen.

1.3 Beendigung der Mitgliedschaft und Kooperationspartnerschaft

Mitglieder und Kooperationspartner können jederzeit ihre Mitgliedschaft bzw. Kooperationspartnerschaft durch eine schriftliche Erklärung beenden. Verstoßen Mitglieder und Kooperationspartner gegen den in der Präambel und den Ausführungen der Arbeitsordnung zusammengefassten Grundkonsens, kann die Vollversammlung die Mitgliedschaft bzw. Kooperationspartnerschaft per Beschluss mit 2/3 Mehrheit aller anwesenden Mitglieder beenden. Der Antrag zur Beendigung der Mitgliedschaft muss in der fristgemäß versandten Tagesordnung enthalten sein.

2. Vollversammlung

Das Bündnis für Demokratie und Toleranz trifft sich in der Regel einmal im Jahr zur Vollversammlung. Die Termine für die nächste Sitzung werden in der Regel in der vorherigen Vollversammlung festgelegt. Die Versammlungen sind nichtöffentlich, bei Bedarf können per Beschluss der anwesenden Mitglieder mit einfacher Mehrheit jedoch weitere Interessierte und Sachverständige zu gewissen Themen hinzugebeten werden. Äußerungen einzelner Mitglieder sind stets vertraulich zu behandeln. Auf Antrag und Begründung kann ein Verschwiegenheitsbeschluss ergehen, indem die Teilnehmer/Innen der Bündnissitzung dazu verpflichtet werden, Stillschweigen über Inhalte der Bündnissitzung zu bewahren – dies kann sich auf den gesamten Inhalt der Bündnissitzung, als auch auf einzelne Punkte der Tagesordnung beziehen.

Die Einladung, einschließlich einer Tagesordnung, erfolgt per E-Mail durch den Vorstand. Anträge zur Tagesordnung müssen mindestens 3 Wochen vor der Vollversammlung schriftlich beim Vorstand eingegangen sein. Eine fristgemäße Einladung zur turnusgemäßen Vollversammlung ist gegeben, wenn sie mindestens 2 Wochen vor dem Termin bei den Mitgliedern eingeht und die Tagesordnung enthält. Beschlussrelevante Vorlagen sind allerspätestens eine Woche vor der jeweiligen Versammlung den Mitgliedern zu zusenden.

Bei Ereignissen, die ein spontanes Reagieren des Bündnisses für Demokratie und Toleranz im Landkreis Biberach erforderlich machen, kann im Ausnahmefall die Einladungsfrist entfallen.

Vorrangige Inhalte und Aufgaben der Vollversammlung:

- Auseinandersetzung mit den Inhalten und den praktischen Erfahrungen der Bündnisarbeit
- Berichterstattung durch den Vorstand
- Wahl eines Vorstandes
- Beschlussfassung zu gemeinsamen Vorhaben
- Einsetzung von Arbeitsgruppen
- Aufnahme neuer Mitglieder und Kooperationspartner
- Beschlussfassung zur Beendigung der Mitgliedschaft
- Die Vollversammlung ist unabhängig von der Anwesenheit einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern beschlussfähig. Beschlüsse der Vollversammlung werden mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst.

3. Vorstand

Der Vorstand besteht aus maximal 7 Mitgliedern. Einen festen Sitz haben als Initiatoren des Bündnisses je ein Vertreter des kath. Dekanats, des ev. Kirchenbezirks sowie des Landkreises Biberach. Weitere vier Vertreter werden von der Vollversammlung gewählt. Der Vorstand wird für die Dauer von 2 Jahren von der Vollversammlung gewählt. Sollte eine Person vorzeitig aus dem Vorstand ausscheiden, so rücken die bei der Wahl zum Vorstand auf den Plätzen 5 und folgend Platzierte entsprechend ihrer Platzierung nach. Sollte es keinen Nachrücker geben, so kann das Bündnis mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder eine neue Person in den Vorstand berufen.

Kernaufgaben des Vorstandes:

- Strategische Ausrichtung der Bündnisarbeit im Sinne der Präambel
- Konzeptionelle Weiterentwicklung
- Entscheidungen über aktuelle Handlungserfordernisse
- allg. Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Bündnisses

- Vorbereitung, Einladung und Leitung von Sitzungen und Beratungen
- Vertretung nach Außen und Öffentlichkeitsarbeit über die konkrete Aufgabenverteilung entscheidet der Vorstand intern.

4. Änderungen der Arbeitsordnung

Anträge auf Änderung der Arbeitsordnung müssen in schriftlicher Form mit ausreichender Begründung spätestens 3 Wochen vor der nächsten Vollversammlung beim Vorstand eingereicht werden. Über die Änderung beschließt die Vollversammlung mit 3/4 Mehrheit aller anwesenden Mitglieder.

(Stand: 21. November 2017)

Protestaktion in Büchel am 8. Juli 2018

Ein breites Bündnis protestierte am Fliegerhorst in Büchel /Eifel für den Abzug der dort gelagerten Atomsprenköpfe, ebenso für die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsantrags der UN durch die Bundesregierung. Auch ein Bus aus Stuttgart, übers Friedenspfarramt organisiert, war dabei.



Renke Brahms bei der Predigt



Ältere und Jüngere bei der gut besuchten Veranstaltung.

Eine besondere Verantwortung – Ein Interview zur Friedenspädagogik in der Württembergischen Landeskirche

Quelle: Ungekürztes Interview von Johannes Neudeck. Eine leicht veränderte Version steht in:

www.elk-wue.de/news/21092018-eine-besondere-verantwortung/

Seit zwei Jahren gibt es die Projektstelle Friedenspädagogik der Landeskirche. Was sind die Aufgaben? Welche Themen stehen derzeit im Vordergrund? Und wie beeinflusst der erstarkende Rechtspopulismus die Arbeit? Ute Dilg hat mit den beiden Friedenspädagogen Johannes Neudeck und Hannah Geiger gesprochen.

„Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden.“ heißt es einer Denkschrift der EKD zum Thema Frieden. Wie muss man sich das vorstellen?

Johannes Neudeck: Friede ist der Kern der christlichen Botschaft. Schon in der Weihnachtsgeschichte heißt es: Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden. Insofern ist die Feier des Gottesdiensts immer in Bezug zum Frieden zu sehen. Nicht umsonst beziehen wir in die Fürbitte auch immer die Menschen mit ein, die sich in Krisensituationen befinden. Und auch im Segen ist der Friedensgruß enthalten.

Was bedeutet Friedenspädagogik in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg?

Neudeck: Es gibt seit den 1950er Jahren das Pfarramt für Friedensarbeit in der württembergischen Landeskirche. An Anfang lag der Schwerpunkt auf der Begleitung von Kriegsdienstverweigerern. Heute sind die friedensethischen Themen natürlich viel weiter gefasst. Vor zwei Jahren hat man dann die Projektstelle für Friedenspädagogik eingerichtet und im Pädagogisch-theologischen Zentrum (ptz) angesiedelt. Frau Geiger und ich sollen die Friedensarbeit im Bereich der Pädagogik weiterentwickeln.

Hannah Geiger: Friedenspädagogik bedeutet für uns nun ganz praktisch, dass wir im Rahmen der Bildungsarbeit der Landeskirche uns Gedanken darüber machen, wie wir Schritte zu mehr Frieden und Gerechtigkeit gehen können.

Wie sehen diese Schritte aus?

Neudeck: Eine unserer Aufgaben ist es, friedenspädagogisches Material für Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, die Pfarrerschaft und alle weiteren Interessierten zu entwickeln. Wir greifen hier wichtige Themen wie Inklusion, interreligiöse Begegnung und Flucht auf und bearbeiten diese aus friedenspädagogi-

scher Sicht. Mir ist außerdem besonders wichtig, Initiativen für den Frieden sichtbar zu machen, die es schon gibt, sie zu motivieren und weiterzubilden. Und wir arbeiten eng mit anderen kirchlichen und staatlichen Stellen zusammen, die sich im gleichen Themenfeld bewegen. Also etwa mit dem Pfarramt für Friedensarbeit und der Servicestelle Friedensbildung in Baden-Württemberg. Ich nehme hier im Südwesten eine Aufbruchsstimmung wahr, vor allem seit die Friedensbildung als Querschnittsthema in die staatlichen Bildungspläne integriert wurde.

Was müsste denn passieren, dass die Welt friedlicher wird?

Geiger: Eine Welt wird nicht dadurch friedlicher, dass es keinen Krieg mehr gibt. Es geht vielmehr darum, den Alltag friedlicher zu machen. Frieden kann erst dann werden, wenn jeder in seiner Person anerkannt wird, wenn alle Menschen gleichberechtigt sind, sie Chancen haben, ihr Leben selbst zu gestalten, wenn sie würdig behandelt werden. Da geht es auch stark um Strukturen. Die Friedenspädagogik behandelt deshalb ein ganz breites Themenspektrum. Da geht es um Demokratie, um Gerechtigkeit, um Gewaltprävention, um Gewalt in den Medien, um nachhaltige Entwicklung oder um interreligiösen Dialog.

Neudeck: Als Christ sind mir zwei weitere Aspekte noch wichtig. Zum einen wird die Welt friedlicher, wenn Vergebung geschieht. Wer sich durch Jesus Christus mit Gott versöhnt und von ihm geliebt weiß, der kann auch andere annehmen. Wir haben hier als Kirche eine besondere Verantwortung, denn dieser von Gott geschenkte Frieden ist der Kern des Evangeliums. Zum anderen muss jeder das Recht haben, seinen Glauben frei zu leben. Glaubens- und Gewissensfreiheit ist eine wichtige Voraussetzung, ja ein Barometer für Frieden in der Gesellschaft. In diese Richtung Bildungsarbeit zu betreiben, halte ich für sehr wichtig.

Inwieweit wirkt sich der erstarkende Rechtspopulismus und die Diskussion um Gewalt in Religionen auf ihre Arbeit aus?

Geiger: Ich bin auch als Religionslehrerin tätig und habe zum Teil Schüler vor mir sitzen, die zum Rechtsradikalismus neigen. Da wird Friedenspädagogik ganz praktisch. Die Ereignisse in Sachsen in den letzten Wochen haben mir noch einmal gezeigt, wie wichtig diese Stelle hier ist. Viele Lehrerinnen und Lehrer und andere, die in der Bildungsarbeit tätig sind, brauchen fundiertes Material und Fortbildungen zu diesem Thema, auf das sie zurückgreifen können.

Heute ist Weltfriedenstag. In ganz Europa und auch in vielen Gemeinden der württembergischen Landeskirche läuten dazu die Glocken. Es gibt Friedensandachten auch im Gedenken an die Opfer des Ersten Weltkriegs, der vor hundert Jahren zu Ende ging. Was halten Sie von solchen Aktionen?

Neudeck: Es ist wichtig, solche Tage und Anlässe zu nutzen, um die Aufmerksamkeit auf das Thema Frieden zu lenken. Ich denke, dass hundert Jahre nach dem Ersten Weltkrieg ein solches Friedensgebet, ein Innehalten mit dazugehörigem Läuten eine richtige und wichtige Sache ist.

Hannah Geiger teilt sich seit 1. September 2018 die Projektstelle für Friedenspädagogik mit dem Theologen und Friedenspädagogen Johannes Neudeck. Die 25-Jährige Erzieherin und Religionspädagogin arbeitet zudem als Religionslehrerin an einem Berufskolleg in Kirchheim unter Teck. „Ich möchte die Friedensbildung in Kindergärten und Schule und in den Gemeinden etablieren. Fragen nach Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit, aber auch die Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus, bewegen nicht nur meine Schülerinnen und Schüler“, sagt Geiger. „Ich denke, dass Friedens- und Versöhnungsarbeit an vielen Stellen nötig ist.“

Ein weiteres Feld im Themenbereich Frieden bearbeitet Johannes Neudeck seit über 25 Jahren auf dem Westbalkan. Seit 1. September 2017 unterstützt er erneut mit einer halben Stelle Gemeinden in missionarischen und diakonischen Aufgaben u.a. in ihrer Arbeit unter Flüchtlingen, Romas, in Bildungsaufgaben und in Versöhnungsarbeit.

Die Projektstelle für Friedenspädagogik wurde 2016 von der Württembergischen Landessynode eingerichtet. Sie soll in Zusammenarbeit mit dem Pfarramt für Friedensarbeit den christlichen Friedensauftrag in Kirche und Gesellschaft einbringen, indem sie das interkulturelle und interreligiöse Miteinander und die Gewaltprävention in Kirche und Gesellschaft fördert, zu praktischen Schritten motiviert sowie friedentheologische und friedensethische Impulse setzt.

Mittagsläuten ist ein Läuten zum Frieden hin

Dieser Text gründet auf einer Recherche des Glockensachverständigen in der Evang. LAKI in Württemberg Claus Huber, die er für die Tagung vom 23.-24.11.2018 in der Akademie Bad Boll machte. Bewusst wird der Tagungsablauf um 12:00 Uhr mit dem Läuten der Glocken bei dieser Tagung unterbrochen werden und ein kurzes Friedensgebet eingefügt. Das tägliche Läuten in allen Gemeinden kann so neu verstanden werden.

Zur geschichtlichen Entwicklung des täglichen Betläutens und vor allem die des mittäglichen Friedensgebets

Es gibt Information in der Handreichung zur württembergischen Läuteordnung im Amtsblatt von 1956. Hier steht auf Seite 25, dass die Mittagsglocke die Trutzglocke wider den Antichrist ist und ursprünglich als Türkenglocke bezeichnet wurde. Im Mittelalter

war angesichts der Türkengefahr auf päpstliche Anordnung (vor allem von Calixt III. 1456) die „Türken-glocke“ zum Gebet gegen deren Invasion aus dem Osten zu läuten. Noch einmal in der Zeit um 1526/29 und 1683 wurde dieses Läuten wichtig. Die Reformation hat dann das Gebetsläuten und da vor allem das Mittagsläuten mehr zum allgemeinen „Pro-Pace-Läuten“ umgewidmet, so wie es heute auch noch in seiner Bedeutung wahrgenommen wird: Als Bitte um den inneren und äußeren Frieden in der Welt. Kirchenrat Schildge empfahl in den 1950er Jahren hin und wieder, mittags um 12 Uhr sogar die Sonntags-glocke „Dominica“ zu verwenden, was „angesichts der ernsten Zeit“ durchaus angemessen wäre. Sehr schön und zusammenfassend dargestellt ist die ge-schichtliche Entwicklung von Klaus Hammer im Ar-tikel „Die liturgische Nutzung des Carillons in der Stiftskirche zu Herrenberg (...)“ im Jahrbuch für Glo-ckenkunde, Bd. 27/28 von 2015/16, S. 399 ff.. Ferner zu nennen ist eine Abhandlung von Hartwig Nie-mann: Das liturgische Läuten – Seine Geschichte und die Rechtsgrundlagen, S. 18 ff. im Buch „Glocken in Geschichte und Gegenwart“ Bd. 2 von 1997, heraus-gegeben vom Beratungsausschuss f. d. Dt. Glocken-wesen.

In den vor wenigen Monaten erschienen Broschüren zum Thema „Hörst Du nicht die Glocken?“, darunter vor allem die Hefte „Leitfaden“ und „Gedanken im Tagesablauf“, ist das Mittagsläuten zwar auch er-wähnt, aber ohne tieferen Einstieg in das Thema und die geschichtliche Entwicklung.



Veranstaltungshinweise (Auswahl)

- **Sonntag, 11.11.-21.11.2018**, Ökumenische Friedensdekade
Thema: „Krieg 3.0“
- **Mittwoch, 21.11.2018**, 17:00 Uhr Stiftskirche und Stiftsplatz
Ökumenischer Gedenkgottesdienst zum Ende des Ersten Weltkrieges mit Landesbischof Frank Otfried July, Bischof Gebhard Fürst und Gästen aus der Ökumene
- **Sonntag, 02.12.2018**, **Überreichung des Stuttgarter Friedenspreises der AnStifter 2018 im Theaterhaus** an die US-Amerikanische Schülerin Emma González, Gründerin von „Never Again MSD“ nach dem Schulmassaker in den USA

Konvente der Friedensarbeit

- **Freitag, 23-24.11.2018**, Herbstkonvent 2018 in Zusammenar-beit mit der Akademie Bad Boll, der Hauskonferenz „Kirche und Gesellschaft“, dem ptz und anderen Mitveranstaltenden; **„Auf dem Weg des gerechten Friedens – Kirche und Ge-sellschaft 100 Jahre nach dem Ende des 1. Weltkriegs“**
- **Montag, 29. – Di, 30. 04.2019** Frühjahrskonvent 2019 im Hospitalhof – **Standort Ländle- Aktuelle Entwicklungen in der Verteidigungspolitik**
- **Samstag, 23.11.2019**, 09:30 – 16:30 Uhr, **Herbstkonvent 2019** zusammen mit Vertretern des „Friedensethischen Prozes-ses“ der Evang. Landeskirche in Baden (Ort muss noch geklärt werden).



Impressum

Pfarramt für Friedensarbeit in der Evang. Landeskirche in Württemberg (50%)
Pfarrer Joachim Schilling
Büchsenstr. 33, 70174 Stuttgart, (Hospitalhof Zi. 420)
oder Postfach 10 13 52, 70012 Stuttgart
Tel: 0711/229363-259 Fax: 0711/229363-344
Mail: Friedenspfarramt@elk-wue.de
www.friedenspfarramt.elk-wue.de

Für Spenden sind wir dankbar; bitte angeben:
Landesbank Baden-Württemberg
BIC: SOLADEST 600
IBAN: DE 6360 0501 0100 0203 0102
Immer angeben: Friedenspfarramt + Spendenzweck